

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad

Lehrstuhl Westlage

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Preis: monatlich 20 Pfg. Durch die Post im Nachgratverkauf 25 Pfg. in Stuttgart 25 Pfg. vierteljährlich, 10 Pfg. halbjährlich 1 Pfg. jährlich Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt) für die Redaktion verantwortlich: G. Blum Wildbad	Anzeigen 12 Pfg. zum vorausbez. 10 Pfg. pro Zeile für 10 Tage 8 Pfg. für 20 Tage 6 Pfg. für 30 Tage Bei Anzeigen, die auswärts in den Kreislagen zu erscheinen, ist, außer der sonstigen Gebühr, besonders zu beachten: Bei 1000 bis 2000
---	---

Nr. 130

Donnerstag, den 5. Juni 1919.

36. Jahrgang

Frankreichs Absichten am Rhein.

An die Rheinbundpolitik des Napoleonischen Frankreichs vor mehr als hundert Jahren ist man erinnert, wenn man die Bestrebungen im Zusammenhang betrachtet, mit denen Frankreich jetzt in den durch den Waffenstillstand ihm ausgelieferten linksrheinischen deutschen Gebieten immer offener vorgeht.

Wiederholt ist schon hingewiesen worden auf die wirtschaftlichen Herrschaftsbestrebungen Frankreichs am Rhein. Der in den Friedensbedingungen der Entente offen zutage liegende Wunsch, die ganze Schiffahrt auf dem Rhein und damit den ganzen Güterverkehr des westlichen Deutschlands unter Frankreichs Herrschaft zu bringen, ist dafür Beweis genug. Diese wirtschaftlichen Bestrebungen, die sojektiv nach Abschluß des Waffenstillstands mit der Absperrung des ganzen linken Rheinufers gegenüber Deutschland eintraten, die dann bei der Verlängerung des Waffenstillstands im Januar durch die Besetzung des Gebiets von Aachen sich aufs neue befestigten, — sie schufen erst die Voraussetzungen und bieten erst die rechte Einleitung des Blicks für die militärischen und politischen Absichten, die nun in den Anstrengungen im Saargebiet, in der brutalen Vergewaltigung der Pfalz, und in der Inszenierung auf dem ganzen linken Rheinufer betriebenen Positionspolitik ihre Vollenendung finden.

Das Frankreich auf diesem Wege vorwärts treibt, ist sowohl ein militärisches, als auch ein wirtschaftliches Motiv; beide, so selten es unter den heutigen Verhältnissen auch klingen mag, auf das am Boden liegende Deutschland zurechtgehend. Militärisch wirkt die französische Angst vor den unverbrauchten Volkstruppen des gescheiterten Meien, die in Frankreich viel mehr ausgezogen ist und eine viel festere Ueberzeugung darstellt als in Deutschland selbst. Dazu kommt das Wirtschaftliche. Will Frankreich auch nur in Elsaß-Lothringen Deutschlands Nachfolger sein, so muß es, um sich nicht in der neuen Provinz eine noch größere Unzufriedenheit zu schaffen, als sie ohnehin auf 1 Dauer unvermeidlich sein wird, das Wirtschaftsleben auf der Höhe zu halten suchen, auf die es durch die deutsche Herrschaft gebracht worden war. Das aber geht heute nicht mehr auf den einst von Frankreich mit Erfolg und Nachdruck beschrittenen Wegen, daß man das Elsaß

zum wirtschaftlichen Hinterland von Le Havre und Marseille macht, das er in der letzten Zeit seiner früheren Zugehörigkeit zu Frankreich durch die großen Kanalbauten vom Rhein zur Rhone und zur Seine geworden war. Heute weisen die Verkehrsminister des Elsaß rheinabwärts.

Soll aber Elsaß-Lothringen allem der Siegespreis für Frankreich sein, dann ist dieser Preis um ein Vielfaches zu hoch bezahlt durch die Opfer, die Frankreich im Krieg gebracht, und durch die Einbußen, die erlitten hat. Frankreich ist wirtschaftlich ausgepumpt und wird, wenn ihm nicht eine große Erhöhung seiner nationalen Betriebskapitals gelingt, unweigerlich ein Beschäftigungsfeld für das englische und besonders für das amerikanische Kapital. Frankreich kann sich nur mit Hilfe von ausländischem Kapital erholen, das es entweder gegen hohen Zins von den jetzigen Bundesgenossen leihen, oder, um den Zins zu sparen, vom jetzigen Gegner rauben muß.

Das sind, wie die „Veis. N. N.“ treffend schreiben, die eigentlichen Motive der französischen Politik am Rhein, wie es die Motive der Rheinbundpolitik vor hundert Jahren schon waren: Kontinentalpolitik auf breiter politischer und wirtschaftlicher Grundlage gegen die Macht, die heute Frankreich gestiftet hat, die aber der natürliche Gegner jeder Kontinentalpolitik ist: England. Und in die Rechnung dieser Zukunftspolitik wird von Frankreich ganz Deutschland einbezogen; ganz Deutschland durch und mit Hilfe seiner Verwandten im Westen und, was nicht vergessen werden darf, im Osten. Man nimmt dem deutschen Volke seine Rohstoff- und Nahrungsproduktionsgebiete an der westlichen und östlichen Grenze und macht es dadurch zum reinen Verbraucher Volk, zum Proletariat, der nichts mehr hat, als seine Arbeitskraft und der, um diese selbst decken zu können, denen zinsen muß, die ihm in der Rolle des Unternehmers gegenüberstehen, indem sie ihm die Rohstoffe liefern.

Das ist Deutschlands politische Zukunft, wie Frankreich sie zu gestalten strebt. Deutschland wird Objekt einer grundrätlichen Machtpolitik und von gewaltigen Ausmaßen. Es wird mit eingegliedert in den Organismus dieser Machtpolitik, mag es wollen oder nicht. Im Schicksal der linksrheinischen Gebiete entscheidet sich das künftige Schicksal Gesamtdeutschlands. Gelingt es den französischen Machthabern, die Unterwerfung Deutsch-

lands, die neue Rheinbundpolitik zum Ziel zu bringen, dann ist nicht nur entschieden, daß die Welt noch schwerere Kriege als den jetzigen wird, aber sich ergeben lassen müssen, sondern es ist auch entschieden, daß Deutschland in diese künftigen Kriege mit weit verhöhltem werden, daß es, wie einst in den Zeiten seiner Schwäche, das Schlachtfeld für diese Kämpfe sein wird.

Neues vom Tage.

Rolle an die Freiwilligen.

Berlin, 4. Juni. In einem Aufruf sichert der Reichswehrminister den Freiwilligen Schutz gegen etwaige Vorküsse durch vorzugsweise Einstellung in Staatsbetriebe und Staatsbedienstungen zu. Ebenso werden bei eingeleiteten großzügigen inneren Kolonisation die Freiwilligen in erster Reihe neben den Kriegsgeschädigten bei Ausdehnungen Berücksichtigung finden.

Die Nationalfarben.

Berlin, 4. Juni. Die „Post-Zeitung“ hat, zum 1. Juni, als über gelte, daß die Farben schwarz-rot-gold mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und eines Teils desentrums angenommen werden. Andere Morgenblätter bezeichnen dies als „Nachtstück“.

Aufhebung der Steckgeber.

Berlin, 4. Juni. Die sächsische Staatsregierung hat beschlossen, daß für die sächsischen Steckgeber nicht mehr bezahlt werden, stattdessen aus welchem Grund gekürzt wurde.

Die Postrennungsbestrebungen.

Berlin, 4. Juni. Gestern Nachmittag fand im Reichs-Abgeordnetenhaus ebenfalls eine Anhörung der Abgeordneten der besetzten Gebiete über die Vorgänge in Rheinland statt. Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen über die Person des Dr. Dörten. Aus ihnen ging hervor, daß Dörten schon im Februar für die Ausrufung der rheinischen Republik tätig war. Er stellte sich damals in Mainz als Vertreter des Reichs-Überwachungsrichters Adenauer vor, um sich einzuweisen. Auf eine Anfrage in Köln teilte Oberbürgermeister Adenauer mit, daß er Dr. Dörten überhaupt nicht kenne. Dasselbe Spiel trieb Dörten in Wiesbaden dem dortigen Oberbürgermeister gegenüber, wurde

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, g. b. di Seberegendi.

Was er aber auch fühlen mochte, er durfte nur freundschaftliches Vertrauen, nur wohlwollende Gesinnungen äußern. Der Freier hatte daher auch die wiederholte Einladung seines bürgerlichen „Freundes“ für sich und die Seinigen „mit lebhaftem Vergnügen“ angenommen.

6.

Geraume Zeit noch, nachdem Lange den Freiherrn verlassen hatte, blieb dieser allein in dem Gemache, wo er die verhängnisvollen Mitteilungen des Pfarrers von Stobbeve geleistet hatte; sie hatten eine fürchterliche Wirkung auf ihn ausgeübt, und in dem Gemisch von Zorn, Angst und Scham, das Besitz von seinem Innern genommen, war nur das eine ihm klar, daß er von Stunde an ein elender, unglücklicher Mensch sei, mit Leib und Seele der Knechtschaft eines mittellosen Geblütes anheimgefallen.

Endlich raffte der unglückliche Mann sich zusammen und begab sich in das Zimmer seiner Schwester, nicht etwa, weil er bei ihr Trost oder Rat zu finden hoffte, sondern nur, weil er sich auferstehende fühlte, die ihm aufgebürdeten Last allein länger zu tragen. Zudem war es kein Wagnis, ihr die Tatsachen mitzuteilen, die den Freiherrn so tief erschütterten; denn bis zur Stunde hatte sie dieselben genauer gekannt als er.

Als er ihr Gemach betrat, fand er sie an ihrem Schreibtische beschäftigt. Das volle Licht eines ruhigen Wintertages fiel auf ihr strenges, trodenes Gesicht, und die Grundzüge ihres Wesens, schlüssliche Härte und entschlossene Härte, traten so deutlich hervor, daß ihr Bruder sich schauernd sagte: „Ja, sie ist zu

allem fähig!“

Beim Geräusch seiner Schritte fragte sie, ruhig ausblickend: „Du bist es, Clemens? — Was wünschst du? — Aber, was hast du? Du siehst ja aus wie ein Verzweifelter!“

„Doch ich's bin, im höchsten Maße bin, ist deine einzig deine Schuld!“

„Welche Abgeschmacktheit! Meinst du, ich hätte vergessen, daß du alles, was du bist und hast, mir verdankst?“

„Was ich bin? Was ich habe? — Leider! Ich bin der elendeste Mensch, und jedes Sandkorn meines Lebens steht in Frage.“

„Was soll das heißen? Du solltest wissen, daß Uebervreibungen keinen Eindruck auf mich machen.“

„Uebervreibungen? Als ob die Gefahr, in der ich mich befinde, abertrieben, als ob — der Frevel, der verübt worden ist, vergrößert werden könnte! — Du, lies und rühme dich deiner Taten!“

Er warf die ihm von dem Landrichter eingehändigten Papiere vor sie hin und trat, ihr den Rücken wendend, an ein entlegenes Fenster.

Sie folgte ihm mit einem Blick der Beratung und nahm dann gelassen die Schriften auf. Kaum jedoch hatte sie die erste Zeile überblickt, als sie rasch fragte: „Von wem erzieltest du das? Wessen Handschrift ist das?“

„Von dem Landrichter Lange. Er schrieb diese Blätter.“

„Wie kann das sein? Sie sind ja aus Stobbeve datiert.“

„Ich hätte sagen sollen, er schrieb sie ab. Das Original dieser — Auftragschrift befindet sich bei ihm, es wurde diktiert von deiner ehemaligen Kammerdienerin Trinetta Essentelg, später verehelichte Weber, dem Pfarrern von Stobbeve.“

„Ah, dieses schreckliche Geschöpf! Was kümmern den böhmischen Pfarrer unsere Angelegenheiten?“

„Daß der Geistliche sie verfälscht hat, ist nicht das Schlimmste, aber daß er sie dem Landrichter mitteilte, das bringt mich zur Verzweiflung.“

„Das tat dieser Mensch?“

„Wohin begreifst du denn nicht? Manoe, der Mich-

ter Vange, hat ja die Bekanntschaft deiner Tante, die sie dem Pfarrer diktiert hat, abgelesen. Also muß dieser sie ihm doch mitgeteilt haben.“

„Was, die Sache wird nicht so böse sein, wie du sie mir ankündetest. Trinetta war immer eine kalte Person, die ihren Vorteil im Auge hatte. Das wird nicht anders geworden sein, denn das Alter verhärtet die Habgucht eher, als daß es sie vermindert. Trinetta wird schon darauf bedacht gewesen sein, kein Wort gegen dich und mich anzusagen, denn sie weiß, daß das ein Verläßt wäre auf die Zuschüsse, die sie von mir bezieht.“

„Du sendest ihr immer noch —?“

„Die bewußte Summe. Es ist vor kaum zwei Monaten noch geschieden.“

„Und das Geld hat das Geld genommen, obgleich sie diese Schrift diktierte?“ fragte der Freier.

„Der Verwalter von Stobbeve, durch den die Sendungen ihr übermittelt werden, berichtigte, sie sei gelohnt und könne nicht quittieren, deshalb tue er es in ihrem Namen. Meine Unterstützung werde durch ihre Tochter für sie verwendet.“

„Ausgezeichnet! Die Person verläßt dich und beutet dich aus zur selben Zeit — Wie schädel dich die Welt geworden ist! — Undank und Betrug, wozu man sich wenden mag!“

„Es würde wenig Bestand verraten“, entgegnete das Freiermädchen wegwertend, „wenn du auf Trinettes Wohlwille und Dankbarkeit gerechnet hättest. Ich baute mir auf die Gewalt, die ihr Eigentum mir über sie verlieh. Ich habe mich nie in ihr getraut, daß sie ein schlechtes Weibchen war, wachte ich und beugte sie dennoch, weil ein gutes mit zu meinen Zwecken nicht gebient haben würde. Aber ich muß endlich die Blätter hier durchsehen. Ich bin überzeugt, daß nur selbe Angst und nicht eine wirkliche Gefahr dich so aufgeregt hat.“

„Aua, so lies!“ sagte der Freier, sich grimmig in einen Stuhl werfend.

aber ebenfalls sofort durchschaut. Dantals wurde fest-
gestellt, daß Dr. Dorten sich im Besitz eines von der
besetzenden Macht ausgestellten Passes befand, der ihm
freie Ein- und Ausreise im besetzten Gebiet, sowie jede
Bewegungsmöglichkeit innerhalb desselben zusicherte. In
Mainz ebenso wie in Köln wird die Ausrufung der
rheinischen Republik nicht ernst genommen. Auch in
Köln verhält sich die Bevölkerung unbedingt ablehnend.

Berlin, 4. Juni. Reichsminister Erzberger hat
durch die Waffenstillstandskommission in einer neuen
Note gegen die rechtswidrige Zubereitung der Unter-
drückten Gebiete durch die französischen Behörden
Widerspruch erhoben und mitgeteilt, daß der Reichs-
anwalt beauftragt sei, gegen die Hochverräter das Ver-
fahren einzuleiten. Die Reichsregierung erwarte, daß
von seiten der Besatzungsbehörden bei der Verfolgung
und Aburteilung der Schuldigen, besonders des Dr.
Dorten keinerlei Eingriffe in das gerichtliche Strafver-
fahren erfolgen werden.

Berlin, 4. Juni. Der frühere Oberpräsident der
Rheinprovinz, Freiherr v. Rheinbaben, veröffentlicht
in den rheinischen Blättern einen Aufruf an die
Rheinländer, sich bemüht zu bleiben, daß auch die Be-
wohner der Rheinlande deutschen Blutes sind und kein
Recht haben, das deutsche Volk im Stich zu lassen.
Die Franzosen haben nie den Plan auf unsere wirt-
schaftliche und politische Festigung aufgegeben und es
heißt also, die Absichten unserer Feinde geradezu för-
dern, wenn man einen Rheinbundstaat schaffen wollte.

Höchst a. M., 4. Juni. Gestern ist die gesamte
Bürgerchaft und Arbeiterchaft geschlossen in den Ab-
wehrestreit gegen den republikanischen Putschversuch ein-
getreten. Die französische Besatzung hielt sich in ihren
Quartieren auf. Die Streifbewegung griff auch auf
den Nachbarort Nied und die Eisenbahn-Verbindungen
Nied über.

Erklärung der Zentrumsfraktion.

Berlin, 4. Juni. Die Zentrumsfraktion der deut-
schen Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Sit-
zung einstimmig folgende Erklärung beschlossen: Die
Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung hat
mit Trauer und Entrüstung Kenntnis genommen von
dem gewissenlosen Treiben einiger Persönlichkeiten,
welche mit Unterstützung der feindlichen Besatzungs-
behörden auf die Völsung von Gebietsteilen des deut-
schen Reichs hinarbeiten. Diese Machenschaften sind um-
so verwerflicher, als sie sich in dem Augenblick ans
Tageslicht wagen, wo das Deutsche Reich die schwersten
Stunden seines Daseins durchmacht und ihm eine dunkle
Zukunft droht. Es gibt zur Zeit kein größeres Ver-
brechen am deutschen Volk, als durch Unterstützung und
unter Mitwirkung des Feindes auf die Trennung von
Landesteilen vom Ganzen hinzuwirken. Die Zentrums-
partei hat keine Gemeinschaft mit Persönlichkeiten, die
sich an solchen Treiben beteiligen und fordert ihre
Partei Freunde in ganz Deutschland auf, in geschlossener
Einheit und unerschütterlicher Treue zum Reich zu ste-
hen. Die Zentrumsfraktion ist mit allen Kräften be-
müht, in der neuen Verfassung des Deutschen Reichs
den begründeten Bestrebungen auf Anerkennung lands-
männlicher Eigenart voll Rechnung zu tragen. Die An-
erkennung der landsmännlichen Eigenart der Bewirt-
lichung entgegenzuführen, ist aber eine rein innerpoli-
tische deutsche Aufgabe, die unter keinen Umständen in
Verbindung mit dem Gegner angeht oder durchgeführt
werden darf. Die Zentrumsfraktion sieht daher jeden, der
sich an solchen Bestrebungen beteiligt, als außerhalb
der Partei stehend an.

Grüner Zwischenfall.

Mainz, 4. Juni. In Biedrich a. Rh. schlug
ein französischer Offizier einen Straßenbahnfahrer, der
auf sein Geheiß nicht halten wollte, mit der Reitpeitsche.
Der Fahrer verfehlte dem Offizier mit der Fahrlastbel
einen so heftigen Schlag auf den Schädel, daß der Offi-
zier sofort tot zusammenbrach. Dem Manne, den in-
folge der drohenden Haltung des Publikums die fran-
zösischen Soldaten nicht auf der Stelle zu verhaften wag-
ten, gelang es, das unbefegte Gebiet zu erreichen.

Vorbereitungen zur Friedensfeier.

Berlin, 2. Juni. Die Börsenzeitung meldet aus
Worms: Die Franzosen treffen hier alle Vorberei-
tungen zu einer großen Friedensfeier. Am Tage
der Unterzeichnung wird große Beleuchtung und Feuer-
werk auf der Rheinbrücke von Worms stattfinden. A-
ndererseits beweist man aber auch Vorbereitungen zu
den ewigen Bismarck der Truppen über das Rhein-
den Falls der Rheinbrücke der Friedensfeier.
Große Proviantkolonnen und Lastautos stehen Abfahrts-
bereit an der Rheinbrücke, um die Truppen möglichst
rasch auf das rechte Rheinufer zu bringen. — Unter
den Soldaten der Besatzungsbehörde herrscht Aufregung.

Belagerungszustand.

Düsseldorf, 3. Juni. Ueber Düsseldorf, Stand-
und Landkreis, und über Duisburg ist der Belagerungs-
zustand verhängt worden.

Aus dem bayerischen Landtag.

München, 4. Juni. Im Landtag gab Abgeord-
neter Eisenberger (Bauernbund) die Erklärung ab,
daß seine Partei den Eintritt in das Landwirtschafts-
ministerium ablehne und auf den angebotenen Staats-
ratsposten verzichte. Die Sitzung wurde hierauf unter-
brochen und um 2 Uhr nachmittags wieder aufgenommen.
In der politischen Aussprache teilte Staatsrat Dr.
Dall'er mit, für die Eisenbahnverwaltung werde sich für
1918-19 ein Fehlbetrag von 380 Millionen ergeben.
Die schwebende Schuld des Staates beträgt 174 1/2 Mil-
lionen Mark.

Zum Tod verurteilt.

München, 3. Juni. Vom Standgericht München
wurde nach zweitägiger Verhandlung der 1883 in Pe-
tersburg geborene Redakteur Dr. Levine, badischer
Staatsangehöriger jüdischer Herkunft, wegen Hochverrats
zum Tod verurteilt. Der Mitangeklagte Architekt Jim-
mer wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat dem ordent-
lichen Gericht überwiesen.

lichen Gericht überwiesen. Die weiteren Angeklagten
Präsident Dr. M. Salz aus München und der Kauf-
maler Schmidt wurden freigesprochen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 4. Juni. Aus Opyeln wird dem „Berl.
Lokalanz.“ gemeldet: Die polnischen Kriegsvorbereitungen
an der oberschlesischen Grenze nehmen ihren Fortgang.
Jedlicher Grenzverkehr ist gestoppt. Die Bahnübergänge
sind aufgerissen. Jenseits der Grenze werden Schütz-
gräben aufgeworfen. Maschinengewehre sind eingebaut.
Bei der polnischen Armee sind bei Sosnowice Jagier
in kanadischer Uniform festgestellt.

Ebenso wie in Oberschlesien wurden auch, laut
„Berliner Lokalanzeiger“, in Danzig das polnische An-
kommisariat und die Kreisvolkräte aufgelöst.

In Krakau trafen fünf italienische Züge mit je
40 Wagon mit italienischen Geschützen großen Kalibers
ein. Die Züge nehmen auf der Rückfahrt Kohlen mit.
Polnische Truppen vertrieben die Ukrainer aus dem
Karpatische Gebiet von Grohobyn.

Klagenfurt, 3. Juni. Die Stadt Koller-
markt wurde gestern dem Feinde wieder überlassen,
um die Stadt nicht der Zerstörung auszuliefern.

Wien, 3. Juni. Nach Meldungen aus Prag herrscht dort
Bestürzung über die aus der Slowakei kommenden Nach-
richten. Ein Drittel der Slowakei ist bereits in den
Händen der Magyaren. Kaschau ist geräumt. In
Breschburg werden Vorbereitungen zur Räumung ge-
troffen.

Der Fenterfrieden.

Wien, 3. Juni. Unter dem Eindruck der harten
Friedensbedingungen trat der Hauptauschuss zu einer
Beratung zusammen. Der Staatssekretär des Innern
Bauer erklärte, daß bei einem solchen Frieden die deutsch-
österreichische Republik keine Lebensmöglichkeit habe. Der
Bericht Bauers fand einstimmige Zustimmung. Präsident
Seig, Vizepräsident Kink und Staatssekretär Bauer be-
gaben sich abends nach Feldbach, um dort mit dem
Staatskanzler Renner, der aus Paris dort eintrifft, Rät-
lung zu nehmen.

In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß die
Friedensbedingungen die schlimmsten Befürchtungen über-
treffen. Sie werden in ihrer jetzigen Fassung als un-
annehmbar und der Friede als ein Fenterfrieden bezeich-
net. Man glaubt, daß die deutsch-österreichische Friede-
sabordnung ebenfalls Gegenwärtige machen und den
Ententemächten das Unannehmliche dieser Friedensbe-
dingungen beweisen wird.

Paris, 4. Juni. Die scheidende slowakische Abge-
ordnete erklärten sich über den Friedensvertrag mit
Österreich befriedigt; ebenso die Jugoslawen.

Paris, 4. Juni. Die Besprechungen der Pariser
Mänter über den österreichischen Friedensvertrag haben
hervor, daß noch wesentliche Punkte fehlen. „Formu-
laire“ erklärt, das Dokument sei geradezu ungeheuer-
lich. 7 Monate nach Schluß des Waffenstillstandes seien
die Hauptfragen immer noch nicht gelöst. Diese Un-
richtbarkeit der Regierung komme von ihrer Beratung
aller Grundzüge her. Ihre Unfähigkeit einwende
ihrer ungeheuren Größe. Sembot schreibt im „Ceuvre“,
man müsse sich Rechenschaft darüber geben, daß alles,
was in Versailles und St. Germain gemacht wird, nur
vorläufig auf Sand gebaut ist und vom Wind verweht
werden wird. Kann wegen der Unterschriften ausge-
tauscht sein, so wird die wahre Arbeit beginnen. Der
Temps hält es für notwendig, Renner darauf aufmerk-
sam zu machen, daß Österreich doch nicht so unschuldig
am Kriege sei, wie er in seiner Rede erklärt habe. Das
gesamte österreichische Volk, mit Ausnahme der Slawen,
habe in den letzten Julitagen des Jahres 1914
den Krieg gegen Serbien gewollt.

Einkellung der Zinszahlung in Österreich.

Wien, 3. Juni. (Korr. Büro.) Die deutsch-öster-
reichische Finanzverwaltung wird die Einlösung von Bin-
den der alten Staatsschuld im Inland einstellen, jedoch
zunächst die Rati-Fälligkeiten, soweit bei deren Aus-
zahlung ein deutsch-österreichisches Interesse gegeben ist,
zum vollen Einlösungsbetrag im Inland ankaufen. Der
Grund soll darin zu suchen sein, daß eine Einigung
mit den anderen Nationalstaaten über die Verteilung
des Schuldendienstes bei der österreichischen und der
allgemeinen Staatsschuld nicht zu erzielen war.

Streit im österreichischen Heereswesen.

Wien, 4. Juni. Offiziere, Militärbeamte, Unter-
offiziere und weibliche Hilfskräfte des Staatsamts für
das Heereswesen haben sich den Angestellten der militä-
rischen Abrüstungsstellen angeschlossen und werden sich
dem am 5. einsetzenden passiven Widerstand anschließen.
An der Bewegung in Deutsch-Österreich sind über 900
Stellen mit 50 000 Personen beteiligt.

Bern, 4. Juni.

Die schweizerische Presse ver-
urteilt den österreichischen Friedensvertrag scharf. Durch
ihn werde Deutsch-Österreich die Lebenskraft genommen;
er bedeute den bewaffneten Frieden.

Sou der Friedenskonferenz.

Paris, 4. Juni. Am Sonntag und Montag fan-
den Sitzungen des englischen Kabinetts statt. Heute sind
nun 10 englische Minister zu Beratungen über
Zustandnisse, die Deutschland gemacht werden
könnten, in Paris eingetroffen. — Nach Blättermel-
dungen soll auf Lloyd George einzuwirken versucht wer-
den, ihn für Zustandnisse geneigt zu machen und ihn
zu veranlassen, den Biererrat umzustimmen. Bis jetzt
seien alle Versuche an der Unnachgiebigkeit Wil-
sons gescheitert, der keine wesentliche Abänderung des
Friedensvertrags zugeben wolle.

Neuer berichtet, daß zwar in einigen Punkten die
Ansichten der beteiligten Persönlichkeiten nicht vollkom-
men übereinstimmen, daß jedoch keine grundsätzliche Mei-
nungsverschiedenheit bestehe.

Paris, 4. Juni.

(Reuter.) In der Sitzung des

Obersten Wirtschaftsrats wurde mitgeteilt, daß die mili-
tärlichen Behörden der Alliierten Maßnahmen getroffen
haben, um die deutsche Regierung daran zu verhindern,
für Polen über Danzig bestimmte Vorräte im Wider-
streit mit den Waffenstillstandsbedingungen wiederum
anzubalten. (?)

Paris, 4. Juni. Die „Liberale“ teilt mit, daß die
Lösung der Adriafrage vertagt worden sei. Die
serbisch-kroatisch-rumänische Abordnung haben die von
Wilson, Clemenceau und Lloyd George ausgearbeiteten
Vorschläge nicht angenommen.

Bern, 4. Juni. Nach der Erzhänge Tel Comp.
werden die deutschen Gegenwärtige abgelehnt werden.
Es solle eine Frist von 4-5 Tagen gegeben werden.
Das Recht Englands, die deutschen Kolonien zu besetzen,
soll noch einmal zur Sprache kommen. Die amerikanischen
Zustandnisse wollen bei Wilson durchsehen, daß
Deutschland ein „Mandat“ des Völkerrats in Ost-
afrika erhalte, da es sonst seinen Verpflichtungen nicht
nachkommen könne. Lloyd George würde dagegen eher
für die Rückgabe Oberschlesiens an Deutschland sein.

Haag, 4. Juni. Der Uebervorschauauschuss der
Entente im Haag teilt mit, daß Erdnüsse, Gerste, Ka-
kao, Bohnen, Buchweizen und Aprikosenkerne, sowie
Dörren bis auf weiteres als Lebensmittel gelten können
und nach dem unbesetzten Deutschland eingeführt werden
dürfen. Dagegen dürfen ölhaltige Samenkerne vorläu-
fig nicht nach dem nichtbesetzten Deutschland ausge-
führt werden.

Schweden und Dänemark tun nicht mit.

Paris, 4. Juni. Reuter. Es wird gemeldet, daß
Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die
Anfrage der Ententemächte geweigert haben, bei einer
erneuten Erneuerung der Blockade gegen Deutschland
mitzuwirken.

Arbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 4. Juni. Die Angestellten und Arbeiter
der Pariser Untergrundbahn beschlossen, in den Streik
zu treten. Der gesamte Betrieb ruht.

Paris, 3. Juni. Auch die Omnibusse und Stra-
ßenbahnwagen mühten den Betrieb einstellen. Die Be-
wegung greift immer weiter um sich. In den Vororten
von Paris, die große Industrien aufweisen, haben sämt-
liche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken usw.
im Lauf des gestrigen Tags schließen müssen. Auch in
den Bezirken am Jura machen sich Bewegungen be-
merkbar.

Politische Streiks.

London, 4. Juni. Die „Times“ meldet aus
Montreal, daß auch dort ein allgemeiner Ausstand
droht.

„The Morning Post“ wurde im britischen Par-
lament bei einer Zusammenkunft verschiedener Partei-
mitglieder über die Lage in Irland Bericht erstattet.
Dabei sei festgestellt worden, daß die sogenannte Arbeiter-
bewegung in Irland nichts anderes sei, als ein zweiter
internationaler Bolschewismus.

Kammerwahlen in Spanien.

Madrid, 3. Juni. Die Kammer wird voraus-
sichtlich folgende Zusammensetzung sein: 222 Kon-
servative, 129 Liberale, 22 Regionalisten, 19 Republi-
kane, 7 Sozialisten, 7 Reformisten, 7 Unabhängige und
10 Jaunisten.

Anarchistische Anschläge.

Washington, 4. Juni. (Reuter.) Wegen der Ge-
plöpfung von Höllemaschinen werden die Wohnungen
der Kabinettsmitglieder und hervorragender Persönlich-
keiten in der Regierung von der Polizei sorgfältig bewacht.
Ein Flugzettel, der in der Nähe des Schauplatzes einer
der Anschläge aufgefunden wurde, trug die Unterschrift
„Die anarchischen Kämpfer“.

Nach der „Times“ handelt es sich in sämtlichen
Fällen um Anschläge auf Personen, die mit der Unter-
drückung des Bolschewismus zu tun hatten.

Toller verhaftet.

München, 4. Juni. Heute früh wurde in
Schwabing der wegen Hochverrats gesuchte Student
Toller, geboren am 1. Dezember 1893 in Samoltsch
in Posen, verhaftet.

Abgewiesene Zudringlichkeit.

Amsterdam, 4. Juni. Nach „Nieuws van den
Dag“ suchte ein Vertreter der „Times“ eine Un-
terhaltung mit Kaiser Wilhelm in Amerongen, wurde
jedoch nicht vorgelassen. Graf Bentinck teilte mit, daß
der starke Andrang von Amerikanern den Kaiser außer-
ordentlich nervös mache. (Die Londoner „Times“ hat
i. Zt. zuerst die Forderung der „Vernichtung der Hohen-
zollern“ erhoben.)

Berlin, 4. Juni. Die Deutsch-demokratische Fra-
ktion der Nationalversammlung hat beschlossen, den Frie-
densvertrag abzulehnen, wenn er nicht grundlegende Ab-
änderungen erfahre.

Baden.

(-) **Karlsruhe, 4. Juni.** Wie verlautet, wird der
Landtag am Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 4
Uhr zu einer Sitzung zusammentreten.

(-) **Karlsruhe, 4. Juni.** Der Verfassungsausschuss
des badischen Landtags befahte sich mit weiter
Schulfragen. Es wurde allgemein daran fest-
gehalten, daß die Volksschule mit Abschluß des 6.
Lebensjahres beginnen soll. Sie soll auch weiter an
Ostern beginnen und enden. Aus technischen Gründen
sei für das Reich eine einheitliche Regelung herbeizu-
führen. Bürgerschulen für Knaben und Mädchen
mit dem Lehrplan höherer Lehranstalten gelten hinsicht-
lich der Erhebung des Schulgeldes mit Ausnahme der
vier ersten Schuljahre als höhere Lehranstalten. Be-
züglich der Lehrerseminare wurde von Zentrumsseite
vorgeschlagen, daß Kandidaten, die keinen

staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften angehören, auch in das Lehrerseminar nicht aufgenommen werden können. Von Vertretern anderer Parteien, wie auch von dem Kultusminister wird dagegen scharf Stellung genommen. Die Mehrheit des Ausschusses ist der Ansicht, daß es sich dabei nur um geringe Ausnahmefälle handeln könnte und kein Hindernis für die Aufnahme in das Seminar vorhanden sei. Das verlange die freie Gleichberechtigung.

(*) **Stillingen**, 4. Juni. Auf Anregung des Abg. Schäffle sollen die Gemeinden Langensiebach, Auerbach und Spielberg vom Amtsbezirk Durlach abgetrennt und dem Amtsbezirk Stillingen angegliedert werden.

(*) **Baden-Baden**, 4. Juni. Bei der Bürgermeisterwahl wurden der bisherige Oberbürgermeister L. Bieker mit 95 Stimmen und Bürgermeister S. Ulmer mit 96 Stimmen einstimmig wiedergewählt.

(*) **Sigmaringen**, 4. Juni. (Erdrück.) Der 17 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Stehle von Litzgeriet zwischen die Buffer der Wagen und wurde vollständig erdrückt.

(*) **Vahr**, 4. Juni. Wie die Handelskammer mitteilt, haben Schweizer Gläubiger, Hypotheken- und Kreditbanken oder sonstige Darlehensgeber, veranlaßt durch die ungünstige Bewertung unerer Forderungen, gegenwärtig mehrfach ihre an Deutsche gewährten Darlehen zurückgefordert und lehnen weitere Verlängerung der Kredite ab. Bei der höchst ungünstigen Valuta ist eine Heimzahlung solcher Darlehen für den deutschen Schuldner eine finanzielle Belastung, die unter Umständen seinen Ruin herbeiführen kann. Für ein Darlehen von 100.000 Franken, für das früher 80.000 Mark erforderlich waren, sind unter Zugrundelegung eines Kurses von 35 % heute nicht weniger als 286.000 Mark aufzubringen. Diesen Schuldnern Hilfe zu leisten, ist dringend nötig, und die bad. Regierung hat sich dieser Angelegenheit bereits angenommen. Näheres hierüber kann bei der Handelskammer in Vahr in Erfahrung gebracht werden.

(*) **Stuttgart**, 3. Juni. (Prozess Hörnle.) Nach mehrmaliger Verzögerung begann heute vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen Hörnle und Gen. wegen Aufruf u. a. V., begangen bei den Unruhen in Stuttgart am 9. und 10. Januar d. J. Angeklagt sind 10 Personen und zwar: 1. der verheiratete, am 11. Dez. 1880 in Camphat geborene Schriftsteller Edwin Hörnle; 2. der ledige Schriftsteller Fritz Adam Kück, geb. 15. April 1864 in Gaisburg; 3. der ledige Schriftsteller Wilhelm Münzberg, geb. 14. August 1880 in Erzurum; 4. der ledige Mechaniker Richard Janus, geb. 16. Juni 1891 in Berlin; 5. der ledige Schriftsteller Max Barthel, geb. 17. Nov. 1880 in Kolditz bei Dresden; 6. der verheiratete Gärtner Franz Kummrow, geb. 11. April 1860 in Sietum; 7. der verheiratete Mechaniker Hermann Schreiner, geb. 7. August 1892 in Halsteden in Baden; 8. der verheiratete Schriftsteller Franz Schaeffle, geb. 21. Oktober 1887 in Wädlingen, O.A. Neckarau; 9. der ledige Maschinenarbeiter Adolf Lauer, geb. 16. Juni 1889 in Pforzheim; und 10. der verheiratete leibliche Bademeister Karl Friedrich Schay, geb. 14. Oktober 1882 in Mühlheim a. Rh. Die Anklageschrift bezeichnet die acht Angeklagten Hörnle bis Schay als Räufelstörer.

Die Angeklagten waren damals am 11. Januar an der Spitze einer größtenteils bewaffneten Menge vor das Gebäude des Arbeitsministeriums, vor das Ministerium des Auswärtigen und vor das Rathaus. Sie zwängten die Regierungsmitglieder zum Abzug und zwar unter Androhung von Gewalt und im Falle des Scheiterns von der Oberbürgermeister Paulsen schloß die Aufhebung der bürgerlichen Kollegen, sowie die Wiederherstellung der früheren Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Ferner waren die Angeklagten dabei, als hätte eine große, teils bewaffnete Menschenmenge öffentlich zusammenzutreten und in die Geschäftsräume des Neuen Tagblatts einzudringen. Der Gerichtsvollzieher ist Landesgerichtsdirektor v. Fischer, die Anklage vertritt Staatsanwalt Mahr, die Verteidigung die Rechtsanwältin Theodor Fleckhardt Berlin (Bruder des ermordeten Karl Liebknecht), Schilling und Schäfer in Stuttgart. Die Rechtsanwältin Kottensfeld und Herzberg sind durch den Ledebour-Boozek in Berlin vertreten, die Verteidigung zu übernehmen. 20 Zeugen sind geladen. Nach Ausföhrung der Geschworenenverhandlung wird Hörnle dagegen, vor ein bürgerliches Gericht gestellt zu werden.

Zuerst wird Hörnle vernommen. Er war vor dem Krieg Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, während des Krieges wurde er zuerst Redakteur der „Gleichheit“, war dann zwei Jahre im Feld bei einem Art.-Bataillon, wo er auch verwundet wurde. Als sich 1916 die sog. Partei formierte, trat er zu den Unabhängigen über; November 1918 wurde er in den Reichsausschuß des A. und S.-Rates gewählt, war dann Redakteur der roten Fahne und seit Dezember 1918 Redakteur des „Sozialdemokrat“. Als sich aus der Unabh. Partei der Spartakusbund herausbildete, trat Hörnle zu diesem über. Hörnle ergeht sich in weitläufigen Ausführungen über den Zweck der Novemberrevolution. Er bestreitet, daß er die Regierung habe führen wollen.

Sowohl auf dem Rathaus, wie bei den Ministerien sei immer nur gefordert, nicht aber mit Gewalt vorgegangen worden. Hörnle gibt zu vom Fenster des Arbeitsministeriums aus die unten versammelte Menge gefragt zu haben, ob sie noch Vertrauen zu der Regierung habe, und als das verneint wurde, geläufig zu haben, daß sie dann weggehöre. Er bestreitet, daß die Regierung das Recht gehabt habe, Militär einzusetzen zu lassen, da die Beschäftigten nur dem Landesauschuß des Arbeiters- und Soldatenrats zugehört hätten. Weiter weist ein Brief, des Angeklagten Kummrow an Hörnle vom Anfang Dezember eine Rolle, der von dem Angeklagten und der Verteidigung auch dazu benutzt wird, um darzutun, daß die Revolutionäre Regierung wie die frühere monarchische Regierung ihre politischen Agenden habe.

Der Angeklagte Kück bekennt sich gleichfalls als Mitglied der U.S.P. und des Spartakusbunds. Die Vorgänge im Tagblattgebäude haben nach seiner Ansicht nur durch das Verhalten der Regierungstruppen einen gefährlichen Charakter bekommen. Er habe die Bewaffneten ermahnt, auf keinen Fall zu schießen.

Der Angeklagte Münzberg gibt zu, mehrfach zu der Volksmenge gesprochen oder heimliche Gewaltandeutungen geäußert zu haben. Die Bewaffneten seien ohne Kenntnis und ohne den Willen der Verantwortlichen erschienen. Nachdem sie einmal dagewesen, seien sie als Ordnungswächter verwendet worden.

Der Angeklagte Janus ist Mitglied des roten Soldatenbunds und gehörte dem „Aktionenausschuß“ an. In einer der Besetzung des Tagblattgebäudes vorangegangenen Sitzung des Soldatenrats soll er den Antrag gestellt haben, zum Schutze der Herstellung der „roten Post“ und der Flugblätter Bewaffnete in das Druckereigebäude zu legen.

Der Angeklagte Barthel legt das Verhältnis des Spartakusbundes zu der unabhängigen sozialdemokratischen Partei dar. Der Angeklagte bekennt sich auf das ungeliebte Recht der Revolution; die die Anklage führenden Paragraphen seien verdrängt und durch die Revolution außer Geltung gesetzt. Es wird eine Urkunde vorgelesen, worin die Revolutionsregierung die A. und S.-Räte, vertreten durch ihren Vollzugsausschuß, als ihre Machthaber anerkennt und sich verpflichtet, im Einvernehmen mit dem Landesauschuß der A. und S.-Räte die

Revolutionäre Agenden auszuführen. Der Angeklagte Barthel weist fest, daß diese Vereinbarung ein staatsrechtliches Akt ist und daß die Revolutionsregierung nicht insoweit außer Achtung gesetzt werden könne.

Der Angeklagte Kummrow gibt zu, in einem Brief an seine Frau geschrieben zu haben, daß er das Eindringen der Neuen Tagwacht für einen Gewaltakt hielt und daß er gegebenenfalls auch zu Gewalttätigkeiten gegen die Regierungstruppen bereit war.

Württemberg.

(*) **Stuttgart**, 4. Juni. (Die Verwendung der Schloßherren. Nach einer halbamtlichen Mitteilung der Württ. Preisskorporendenz soll es nicht zu umgehen sein, trotz der dagegen erhobenen Einwendungen die zu gründende Volkshochschule im Schloß Rosenstein unterzubringen. Bauliche Veränderungen, durch die das Schloß seine Form verlieren würde, werden nach sachverständigem Gutachten nicht nötig sein. Die öffentlichen Rätegen sollen im Neuen Schloß untergebracht werden, das sich für diese Zwecke besonders eigne, während größere Teile des Alten Schloßes bereits für Zwecke der Staatsregierung in Benutzung genommen sind. Die Schloßkirche ist von der Staatsfinanzverwaltung in die Verwaltung der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart übergeben worden.

(*) **Stuttgart**, 3. Juni. (Hoteldiebe.) Mehrere gewerksmäßige Hoteldiebe wurden festgenommen. Es sind dies der 24 Jahre alte Nikolaus Ruf von Oberbiederbach, der 17jährige Kuriorgeselle Adolf Lieb von Biberach und der 23jährige Vater Paul Krolowski von Homburg. Ein großer Teil der umfangreichen und wertvollen Beute, bestehend in Koffern und Wäschekästen, ist beigebracht. Wegen Hehlerei wurde der 46 Jahre alte Tanzlehrer Gustav Häring von hier in Haft genommen.

(*) **Stammheim** (bei Ludwigsburg), 4. Juni. (Mordversuch.) Der 50 Jahre alte Verzimmer Karl Maier gab am Montagabend im Amtszimmer des Rathauses auf Schultheiß Schurer mehrere Revolverkugeln ab. Eine Kugel blieb im Arm stecken; auch im Gesicht wurde Schultheiß Schurer verletzt. Der Täter ist verhaftet.

(*) **Alpirsbach**, 4. Juni. (Einbruchsdiebstahl.) Aus der Schönfärberei von Oskar Steiner wurde von einem Einbrecher ein Vollen Tuch von 30 bis 35 Meter Länge im Wert von 900 Mk. gestohlen.

(*) **Münzingen**, 4. Juni. (Erwischt.) Den Landjägern ist es gelungen, die Schweinediebe in Hundsrücken zu ermitteln. Es sind drei Soldaten in Ulm, von denen einer aus Hunderingen gebürtig ist. Die Kerle hatten nichts aus dem Stall des Schloßbauern Ziegler das zwei Zentner schwere Schwein geholt, abgeschlachtet und auf einem gekohlten Karren fortgeschafft. Im Wald verlegten sie das Tier, rosten es in Asche und verkauften das Fleisch an einen Wirt in Ulm um 1025 Mark. Es dürften nun wohl die früher in Hunderingen verübten Diebstähle von einem Schwein vier Häfen und 98 Pfund Butter ihre Aufklärung finden.

(*) **Münzelsan**, 4. Juni. (Uniere Kriegsjetzungen.) Hier ist die Meldung eingetroffen, daß der in Nordfrankreich als Kriegsgefangener beschäftigte ledige Bäcker Anton Borchard bei einem Ausbruch erfolgreich wurde. Ein aus Simmerath gebürtiger Kriegsgefangener schrieb nach Hause, daß er oft von seiner Arbeitsstätte Brenneisen heimnehme, sie abkocht und dann verzehre.

(*) **Kirchhaußen**, O.A. Münzelsan, 4. Juni. (Einbrecher.) Während des Gottesdienstes am Sonntag wurde hier beim Schuhmacher Engelhard eingebrochen. Den Dieben fielen 800 Mark und namhafte Lebensmittel in die Hände. Man hat Verdacht auf drei Hantler.

(*) **Jagstberg**, 4. Juni. (Schweinediebstahl.) Einem hiesigen Landwirt wurde während der Nacht ein ganzes Schwein aus dem Stall gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Das Haus liegt mitten im Ort.

(*) **Spaichingen**, 4. Juni. (Blitzschlag.) Bei einem rasch über den Hügel wegziehenden Gewitter schlug der Blitz in die Nikolauskapelle. Das uralte Heiligtum hat einigen Gebäudeteilen erlitten.

(*) **Ulm**, 3. Juni. (Streik.) Die hiesigen Daddeder sind gestern in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber die Forderungen: 2 Mk. 20 Pfg. Stundenlohn und 4 Mk. Zulage bei Anwartsarbeiten abgelehnt haben.

(*) **Vaupheim**, 4. Juni. (Wilderer.) In Vaupheim der Forstgehilfe Koberer im Wald auf einen Wilderer und geriet in einen heftigen Kampf. Der Wilderer entfloh, ist aber in der Region eines in Unterbalkheim wohnenden Kabinenarbeiters ermittelte.

(*) **Saulgau**, 4. Juni. (Geizige Bäckerin.) Bei der am letzten Sonntag dahier stattgehabten Wahl zur evangel. Landeskirchenversammlung ergriffen laut „Überländer“ auch eine Frau aus Hunderingen, um ihren Stimmzettel abzugeben. Da sie jedoch nicht der evangelischen Konfession angehörte, konnte sie nicht wählen. Die Frau hat, um ihre vermeintliche Wahlberechtigung zu erfüllen, den nahezu 12 Kilometer betragenden Weg von Hunderingen hierher zurückgelegt.

(*) **Waldsee**, 4. Juni. (Pferdemarkt.) Ungeheure Preissteigerung. Dem gestrigen Pferdemarkt waren nur etwa 200 Stück leichten und schweren Schläge zugeführt. Der Handel blieb stau; es wurden für schöne Pferde 3000-4000 Mk. bezahlt. Bei dem hiesigen Seegrassverkauf erreichte der Seegradertrag, der zu 22 Mk. ausgeschrieben wurde, durch unheimliche Preissteigerungen den ungeheuren Preis von 702 Mk.; er fiel einer auswärtigen Firma zu.

(*) **Friedrichshafen**, 4. Juni. (Mord und Selbstmord.) Der in den Luftschiffwerken beschäftigte Meister Singel hat die Tochter des Maschinenführers Möbele in Ravensburg, mit der er ein inwieweit auf Veranlassung der Eltern gelöstes Verhältnis

Das vorläufige Ende der Basler Mission in Indien.

Nachdem die britische Regierung schon Ende 1914 die deutschen Arbeiter der Basler Mission in Indien, darunter zahlreiche schwäbische Landleute, mit ihren Familien interniert und später nach Deutschland zurückgeschickt hat, versucht sie nun auch vor Friedensschluß einen endgültigen Zustand zu schaffen. Zu diesem Zweck hat sie den indischen Ausschuss der Missionen veranlaßt, das Basler Missionsfeld aufzuteilen. Dies geschah in einer Konferenz, die am 7. Dezember 1918 unter dem Vorsitz des Bischofs von Madras stattfand. Die Christen in Malabar, deren Fürsorge niemand übernehmen konnte, bilden eine Freikirche, die von zwei britischen Missionsgesellschaften mit Geld unterstützt wird. Die Arbeit auf den Nilan Bergen und in Arga fällt an die englischen Wesleyaner, Nord-Kanara wird von der eingeborenen Südindischen Mission übernommen. Der Rest mit Süd-Kanara und Süd-Mahratta verbleibt den Schweizer Missionaren der Basler Mission. Sie sind jedoch einem aus 14 Mitgliedern, darunter 10 Briten, bestehenden Ausschuss unterstellt, der die Leitung aller bisher deutschen Missionen in Indien übernommen hat, und rechnen auf die Unterhaltung eines von Basel losgelassenen Hilfsauschusses in London, der unter strengster Aufsicht des britischen Gesandten in Bern steht. Die große Basler Missionsindustrie in Indien, die der Beschäftigung von ihren Familien ausgedehnter abgereicherter Hindudiente und mit ihren Heberschüssen das Missionswerk unterstützte, soll von der Gemeinnützigen Handelsgesellschaft übernommen werden, die auf Betreiben des Sekretärs des Britischen Missionsausschusses Othman gegründet ist und bereits das Eigentum der Basler Missionshandlung auf der Goldküste übernommen hat.

Anfangs März erschienen in Basel zwei Abgeordnete des indischen Missionsausschusses, ein Schotte und ein Schweizer, um von der Missionsleitung den freiwilligen Verzicht auf ihr Eigentum in Indien zu erweichen, und zwar in Form eines von der britischen Regierung am 31. März befristeten Ultimatums. Die Basler Missionsleitung lehnte es aber entschieden ab, die ihr von der britischen Regierung widerfahrte Vergewaltigung noch durch einen angeblich freiwilligen Verzicht zu bekräftigen, gewährte dagegen bis zur Regelung der Eigentumsfrage auf dem Rechtsweg dem unter Anerkennung stehenden indischen Missionsausschuß zweckleichter Fürsorge für die eingeborenen Christen der Basler Mission die entschädigungslose Aufnahme ihrer Liegendschaften. Vor Reichsausbruch hatte die Basler Mission nach 84jähriger Tätigkeit auf ihrem indischen Missionsfeld 157 europäische und 1112 eingeborene Kräfte, die auf 26 Hauptstationen und 128 Nebenstationen 19.800 eingeborene Christen und 166 Taufbewerber, und in 211 Schulen und Anstalten bis zur Hochschule 21.000 Schüler in Pflege hatten.

Murzer Wochensbericht

der Preisoberstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 20. bis 26. Mai 1919.

Durch Recordung sind die für Europa geltenden Höchstpreisvorschriften und Verordnungen, Änderungen außer Kraft gesetzt worden, nachdem die Verträge hinsichtlich der Einbürgerung und Einstellung der Luptanen kein befriedigendes Ergebnis zeigten, wobei ihre Verwendung zur Bekämpfung nicht in Betracht kommt. Wie verlautet soll für die nächste Ernte auch die vollständige Wiederherstellung des freien Verkehrs in Heu und Stroh in Aussicht genommen sein. Bei Getreide ist mit einer Verringerung der bestehenden Vorschriften, wozu nicht zu rechnen. Dagegen dürfte bei Hafer künftig nur die zur Herstellung menschlicher Nahrungsmittel und für Heerbedarf erforderliche Menge käuflich erfaßt werden, während alles übrige frei gehandelt werden soll.

— **Die Unabkömmlichkeit der Sojabohne.** Wenn schon heute zum Anbau der Sojabohne aufgefordert wird, so muß dies zum mindesten als verfrüht bezeichnet werden. Der Reichsausschuß für Getreide und Zelle hat sich der Aufgabe unterzogen, unter Mitarbeit landwirtschaftlicher Institute sowie praktischer Landwirte und Saatgutzüchter aus aller Gauen Deutschlands und basierend auf den bisherigen Erfahrungen durch praktische, mehrjährige fortwährende Versuche, diese Frage einwandfrei zu klären. Neben dem Ergebnis des ersten Berichtsjahrs 1918 wird eingehend Bericht erstattet werden. Soweit das letzte Jahr erkennen ließ, konnten jedoch kultivierende Sojabohnen in keinem einzigen Falle auch nur annähernd die Ertragsfähigkeit unserer heimischen Futterbohnen, die der Soja am nächsten verwandt ist, erreichen. Ein abschließendes Urteil, ob und welche Sorten für den selbständigen Anbau bei uns in Frage kommen, kann jedoch erst nach dem Bericht weiterer Versuchsjahre gefällt werden.

— **Maifäserdünger.** Die Maifäser sind nicht nur ein beehrtes Futter für Geflügel, sondern auch ein wertvolles Düngemittel. Der landwirtschaftliche Provinzialrat der Provinz Sachsen ließ im Jahr 1911, das ein ganz besonders starkes Maifäserjahr war, über 100.000 Zentner, das ist etwa 1 Milliarde Maifäser, sammeln die mit Schwefelsäure übergossen, am nächsten Tage auf Torfmüll ausgebreitet und dann mit ungekalktem Stall überdeckt wurden. Das nachfolgende Frühjahr des Kalts und eine gleichmäßige Verteilung der Maifäser bereitet die Maifäser zu einem Düngemittel, das sich als außerordentlich wirksam erwies.

— **Weidenplage.** Die Weidenplagen zeigen sich in diesem Jahr besonders zahlreich. Die Verteilung einer einzigen derselben bedeutet die Vernichtung eines Weidenstückes. Da die gegenwärtige Witterung dem Weidenbau außerordentlich günstig und förderlich ist, so ist der Kampf gegen diese gefährliche und schädliche Insekt sofort anzunehmen. Auch Hornissenweibchen sind zahlreich zu beobachten. Man sieht zur Zeit beide Arten besonders an Weidenbäumen, alten Weiden und Stangen, wo sie den zum Weidenbau nötigen Saftstoff abzusaugen und durch geschädigte Zwickel oft leicht getötet werden können.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Dem Postassessor Keller ist die Postamtstelle bei dem Postamt Herrenald übertragen worden.

Wildbad, 5. Juni. Die beiden hiesigen Druckereien haben ihren Gehilfen die vom staatl. Schiedsrichtergymn nach sieben-tägigen, überaus hitzigen Verhandlungen zwischen den tarifamtlichen Prinzipals- und Gehilfenvertretern festgesetzten Teuerungszulagen (für Wildbad 15 Mark pro Woche) von 4. Mai ab bewilligt. Ganz glatt verliefen die diesbezüglichen Verhandlungen auch hier nicht. Die natürliche Folge ist eine Erhöhung der Abonnements- und Inseratengebühren vom 1. Juli d. J. ab.

Briefkasten-Notiz.

Zwei Kriegeswitwen, Tragen Sie die Angelegenheit dem Vorstand der Deutschen demokratischen Partei vor. Dieser wird die Sache schon in Fluss bringen.

Letzte Nachrichten.

Nach den letzten Mitteilungen aus Paris steht es fest, daß die Friedensverhandlungen mit Deutschland sich bis in den Juli hinein hinziehen werden.

Schweden und Dänemark weigern sich, bei einer neuerlichen Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Es steht jetzt außer Zweifel, daß eine Anzahl jener deutschen hochverräterischen „Rächer“ in Landau, Köln und Wiesbaden von den Franzosen bestochen worden sind.

In Frankreich dehnt sich der Streik immer weiter

aus. Verschleudertlich herbeigerufen, militärische Hilfe steigert die Spannung und die Wut der Streikenden. Der Generalfreik soll für ganz Frankreich in Aussicht stehen.

Die Proteste gegen die Loslösungsumtriebe in der Rheingegend mehren sich. — Ueber Düsseldorf wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Kriegsvorbereitungen an der polnischen Grenze sind schon zu Grenzwischensfällen gediehen.

Bei einem Ausbruch des Vulkans Klot in Niederländisch-Indien sind etwa 5000 Menschen umgekommen.

Amtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 2. Juni angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

Gasth. zur alten Linde: Schellenberg, Hr. Friedr. mit Frau Gem. Bödingen.

Hotel gold, Löwe: Translatner, Hr. Salo, Direktor mit Frau Gem., Spolba, Franke, Hr. Paul, Rm., Weizsig.

Plumpp's Quellenhof: Wolff, Hr. Paul, Fabrikbesitzer mit Frau Gem., Berlin. Michael, Hr. Georg, Verlagsbuchhändler, Berlin. von Goza, Frau Elsa m. Schauf. Magdeburg. Hauswaldt, Frau Helene, Magdeburg. von Bülow, Hr. Georg Hans, Major, Frankfurt. Wege et, Hr. Luise, Düsseldorf. Dräger, Hr. Ernst, Rm., Düsseldorf. Zinke, Hr. Hans, Fabrikant, Berlin. von Kapff, Hr. Ferdinand, Stuttgart.

Villa Mathiloe: Stahl, Frau Hugo, Stuttgart. Rose, Frau Annie, Danzig. Gund, Hr. Paul, Fabrikbesitzer, Danzig.

Panorama-Hotel: Breidenbach, Hr. Arthur, Zahnarzt, mit Frau Gem. und Mutter, Stettin.

Hotel Pfeiffer: Seyler, Hr. Paul, Rm., Altensteig. Vog, Hr. Rudolf, Ingenieur, Berlin-Friedenau.

Hotel Post: Kempff, Hr. Heinrich, Direktor Frankfurt

In den Privatwohnungen:

Christian Gutub: Schwörer, Fel. Lina, Mühlacker. Gustav Gutub, Tapezier: Dipp, Hr. Friedrich, Stuttgart.

Villa Johanna: Clausnizer, Hr. S., Geh.-Rat. Köhring, Hr. Marie, Heilbronn. Schwäger, Hr. Jakob, Weingärtner, Rorb.

Haus Krauß: Endreß, Hr. Dora, Stuttgart. Schäfer, Hr. mit L., Heilbronn.

Karl Pfeiffer: Strobel, Frau Anna, Ulm.

Frau Marie Schmid: König, Hr. Friedrike, Heilbronn. Polizeiwachtmeister Gorkheimer: Röhm, Hr. Gottl., Schültheiß, mit Frau Gem. Ved, Hr. Karoline, mit Tochter, Stuttgart.

Dr. Schwab: Dornung, Fel. Charlotte, Hamburg.

Villa Treiber: Boden, Hr. Herm., Privatier, Eimbed. Erholungsheim: Richter, Hr. Julius, Dr. Professor, Frankfurt

Zahl der Fremden 1512.

Gv. Jünglingsverein. Donnerstag abend 8 Uhr Vereinsabend.

Kursaal-Restaurant

Eröffnung Pfingsten

Fremdenbeherbergung.

Es wird darauf hingewiesen, daß von sämtlichen Hotels, Gasthöfen und Privathäusern, die Fremde beherbergen, eine **Ubernachtungstabelle** zu führen ist, die jeden 15. und letzten des Monats auf dem Lebensmittelamt (Zimmer 5) zur Kontrolle vorzulegen ist. Nichteinhaltung dieser Vorschrift hat die Entziehung der Erlaubnis zur Beherbergung von Fremden zur Folge.

Städt. Lebensmittelamt.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarkt 26 wird abgegeben: **1 Ei**

Listenschluß Freitag mittag 12 Uhr.

Gleichzeitig werden an Personen, welche nicht im Besitz von Eiermarken sind sowie an Angestellte, Bezugskleine von heute mittag bis morgen mittag 12 Uhr ausgestellt.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad. Rappellmann, Arbeiterrat Schlüter.

Zucker-Karten.

Die Kaufleute werden gebeten, die Zuckerkarten vom Monat Mai umgehend abzuliefern.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad. Rappellmann, Arbeiterrat Schlüter.

Bekanntmachung

Der Heu-, Gehud- und Gras-Ertrag per 1919 auf

1) P. Nr. 1123/1 ca. 79 a 21 qm. Wiese mit Heuschaueranteil.

1123/2 ca. 39 a 18 qm. Wiese mit Heuschaueranteil auf. 1 ha 18 a 39 qm. der Mülleracker, Markung Calmbach.

2) P. Nr. 1123/3 ca. 39 a 18 qm. Acker, Wiese und Heuschaueranteil

1124 ca. 62 a 79 qm. Wiese und Debe auf. 1 ha 01 a 97 qm im Bischofsacker, Müller- oder genannt (früherer Besitzer F. Klob) kommt in 2 Losen am **Freitag den 6. Juni 1919** vorm. 11 Uhr auf dem Rathaus zur öffentlichen Verpachtung. Pachtbedingungen liegen auf der Stadtpflege auf.

Wildbad, den 5. Juni 1919

Stadtpf. ge.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

Fernsprechanruf Nr. 140
(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht:

a) Männlich: Gärtner, Bäcker und Puffen, Küchenmädchen, Haus- oder Dienstmädchen, Kaufmädchen, Köchinnen

b) Weiblich: Köchinnen

Stellen suchen:

junger Mann (reiche Auslands- erfahrung) gleich welche Branche.

Kaufleute, Mechaniker, Köche, Hoteldiener, Hausburschen, Lift, Friseur, Heizer, Schneider, Schloffer, Maler, Elektromonteur

1 Näherin (Handnäherin)

Am Pfingstamstag, den 7. Juni, ist unsere Kasse und Büro geschlossen.

Stahl & Federer A.-G.
Filiale Wildbad.

Hotel-Angestellte!

Mehrere Kollegen bitten um eine Aussprache über verschiedene, besonders die Kellner betreffende **Hotelauslagen** am **Freitag abend 1/10 Uhr** im **Sadischen Hof** (Nebenzimmer). Um zahlreichen Besuch bitten **mehrere Hotelausgestellte.**

Zu Verkaufen

1 neue forchene **Glastüre** 90 cm breit

1 **Firmaschild**, 40 : 80

1 **Raminhnt** für 25 Ramin

einige **Bügelkacheln**

1 **Deckständer** für elektr. Anschluß

Gratinglühstrümpfe für Hängelicht Friedensware

1 **Stahlendraht** verzinnt neuen

Bozz, Villa Elsa.

Besseres Fräulein

sucht Stelle als **Wirtschaftsfräulein** in Fremdenpension Perfekt im Kochen, gute Zeugnisse. Angebote unter **F. P. 4653** an Rudolf Mosse Darmstadt.

Gaslampe

zu verkaufen **Villa Germania.**

Kornfrank-Neufrank-Kaffee

zu haben bei **Grundner Nachf., A. u. W. Schmit.**

Closetpapier

in Rollen und Rollen empfiehlt **Josef Mayer.**

Hengstenbergs Weinessig eingetroffen. **Drogerie Grundner Nachfolger.**

Druck-Arbeiten jeder Art liefert rasch und billig **B. Hofmann'sche Buchdruckerei**